

## Landtagsfraktion Schleswig-Holstein

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 23 – Keinen Jugendlichen verlieren – Kooperation vor Ort unterstützen – Jugendberufsagenturen auf den Weg bringen

Dazu sagt die Sprecherin für Berufliche Bildung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Ines Strehlau**

**Nr. 453.14 / 14.11.2014**

## Jugendberufsagenturen sind ein Erfolgsmodell

Sehr geehrte Damen und Herren,

der vorliegende Antrag hat einen langen Vorlauf. Nach einem Prüfbericht und einer breiten Anhörung gehen wir jetzt an die konkrete Umsetzung der Idee der Jugendberufsagentur. Das hält die Küstenkoalition für sehr wichtig.

Seit ich 2009 in den Landtag gekommen bin, arbeite ich zum Thema Berufliche Bildung. Dabei ist der Übergang von der Schule in den Beruf sowohl gesellschaftlich, als auch wirtschaftlich, in erster Linie aber für die Jugendlichen selbst, einer der wichtigsten Bereiche und zugleich die größte Baustelle.

Da sind wir in den vergangenen Jahren noch nicht entscheidend weitergekommen. Immer noch beginnt etwa ein Drittel der Jugendlichen seine berufliche Laufbahn in berufs-vorbereitenden Maßnahmen, mehr als 6000 Jugendliche jedes Jahr.

Und wir wissen nicht, wie viele Jugendliche uns auf dem Weg verloren gehen, weil die Übertragung der Daten nicht flächendeckend gut klappt. Da müssen wir besser werden!

Warum eine Jugendberufsagentur, kurz JBA? Eine JBA ist ein „one-stop-shop“, wie es neudeutsch heißt.

Die Jugendlichen stehen im Zentrum, die verantwortlichen Institutionen wie Jobcenter, Agentur für Arbeit, Jugendhilfe, Jobcenter und die beruflichen Schulen arbeiten unter einem Dach zusammen, um ihnen die bestmögliche Unterstützung beim Übergang von der Schule in den Beruf zu gewähren. Dazu gehören auch eine Begleitung schon in den letzten Jahren an den allgemeinbildenden Schulen und eine intensivere Berufsorientierung. Dort kann auch unser erfolgreiches Handlungskonzept PluS eingebunden werden.

Unser Ziel muss es sein, dass Jugendliche landesweit die gleichen Chancen haben und

dass flächendeckend eine rechtskreisübergreifende Kooperation in der Region installiert wird.

Eine Anlaufstelle für die Jugendlichen, egal, ob sie Familienhilfe bekommen, Unterstützung nach SGB II oder ob die Agentur für Arbeit zuständig ist.

Hamburg hat inzwischen in allen Bezirken JBAs eingeführt, die erfolgreich arbeiten. Sie schaffen es tatsächlich, dass kaum ein Jugendlicher verloren geht.

Und wenn man den Begriff „JBA“ im Internet eingibt, dann findet man Initiativen aus mehreren Bundesländern und auch internationale Interessenten für das Konzept. Die JBA ist zum Erfolgsmodell geworden.

Ich bin zu dem Thema viel im Land unterwegs und war positiv überrascht, wie viel Fahrt das Thema auch bei uns in Schleswig-Holstein aufgenommen hat. Das wurde auch durch die breite Anhörung im Bildungsausschuss deutlich.

Viele Kreise und Städte haben sich auf den Weg gemacht und arbeiten an Konzepten – zum Beispiel die Kreise Dithmarschen, Schleswig-Flensburg und Nordfriesland und die Städte Kiel, Flensburg und Neumünster. Auch in Pinneberg und Ostholstein gibt es Kooperationen.

Auch die Agentur für Arbeit, ein wichtiger Akteur auf dem Gebiet, bringt sich ein. Wichtig sind für uns flächendeckend gleiche Bedingungen für die Jugendlichen. Deshalb ist unser Ziel, dass es verbindliche rechtskreisübergreifende Kooperationen in jedem Kreis oder kreisfreien Stadt gibt.

Die Landesregierung hatte zur regionalen Kooperation im vergangenen Jahr in einer interministeriellen Arbeitsgruppe ein Konzept erarbeitet. Dort haben sich die Arbeitsgruppen inzwischen getroffen. Deshalb bitten wir die Ministerin, dieses Konzept zur Basis für die Einführung von JBA zu machen.

Mit der – für mich übrigens sehr erfreulichen – Integration der beruflichen Bildung in das Bildungsministerium, muss überlegt werden, inwieweit das Konzept weiter entwickelt werden muss.

Zu den Anträgen: Ich freue mich, dass wir einen gemeinsamen Antrag mit der CDU bekommen haben. Das gibt ein gutes Signal an die Akteure, dass wir die Jugendberufsagenturen wollen. Dass die FDP jetzt plötzlich wieder nicht mehr auf unserem Antrag ist, kann ich inhaltlich nicht nachvollziehen. Aber ich muss es ja auch nicht verstehen.

Uns ist unter anderem der Ansatz, dass wir nur mit einer Modellkommune in einer kreisfreien Stadt und in einem Kreis zu wenig. Wir wollen mehr. Dann können sich auch Optionskommunen beteiligen. Auch ein quartalsweise vorzulegender Bericht schießt über das Ziel hinaus. Wir werden Ihren Antrag ablehnen.

Liebe Frau Ministerin, packen Sie das Thema an – die breite Unterstützung des Parlaments haben Sie.

\*\*\*